

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 3. Quartal 2016

3 / 2016

Die Autoren:

Stephan Eisel, Karl-Heinz Kamp,
Volker Ladenthin, Norbert Lammert,
Frank Lavin, Alexandra Steinmeyer,
Ruprecht Polenz, Jan Woischnik

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Stephan Eisel, Die Plebiszitfalle.....	Seite 04
Jan Woischnik / Alexandra Steinmeyer, Brasilien als perpetuum immobile.....	Seite 06
Stephan Eisel, Für ein anlassbezogenes Burka-Verbot.....	Seite 10
Volker Ladenthin, Vernunft und Glaube.....	Seite 13
Karl-Heinz Kamp, NATO und Russland.....	Seite 15
Ruprecht Polenz, Islam im säkularen Staat.....	Seite 17
Frank Lavin, Trump is the Emperor with no clothes.....	Seite 18
Norbert Lammert, Europa und Migration.....	Seite 21

18. Juli 2016

Stephan Eisel

Die Plebiszitfalle

Sieben Gründe für die Überlegenheit der repräsentativen Demokratie

Am 23. Juni 2016 haben die Wähler im United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland in einem Referendum mit knapper Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union votiert: 51,9 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf „LEAVE“ und 48,1 Prozent auf „REMAIN“. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,2 Prozent.

Selbst bisher überzeugte Anhänger der sog. „direkten“ Demokratie sind nach dieser Volksabstimmung nachdenklich geworden: Wie in einem Brennglas wurde am britischen Beispiel deutlich, dass Plebiszite höchst problematische Wege demokratischer Entscheidungsfindung sind. Vor allem sieben Aspekte zeigen, dass plebiszitäre Verfahren nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie führen und der repräsentativen Demokratie unterlegen sind:

1) Plebiszite entlassen die Verursacher einer Entscheidung aus der Verantwortung für die Folgen

Innerhalb von nur einer Woche nach der Abstimmung über den EU-Austritt haben die wesentlichen Protagonisten der LEAVE-Kampagne die Bühne durch den Hinterausgang verlassen. In einer sehr personalisierten Kampagne hatten sich die Wortführer Boris Johnson und Nigel Farage zunächst selbst medial in den Mittelpunkt gestellt. Dann weigerten sie sich, die Verantwortung für die vielen Versprechen zu übernehmen, die sie vor der Abstimmung gemacht hatten. Sie hatten die Menschen zu einem Votum geführt, mit dessen Folgen sie als Wortführer selbst jetzt nichts mehr zu tun haben wollten. Kaum lag das Ergebnis vor, vermittelten sie den Eindruck, dass ihnen der eigene Erfolg suspekt war. Das unterscheidet Plebiszite wesentlich von Wahlen: Wer gewählt ist, muss sich nach den Wahlen für das verantwortlich machen lassen, was er vor Wahlen versprochen hat.

2) Plebiszite reduzieren komplexe Sachverhalte irreführend auf verkürzende Ja/Nein-Fragen

Zwangsläufig eignen sich plebiszitäre Verfahren nicht zur Differenzierung: Auf dem Stimmzettel reduziert sich die Entscheidung auf „Ja“ oder „Nein“. So wird der Eindruck vermittelt, komplizierte Fragen seien einfach zu beantworten. Umso größer ist die Ernüchterung, wenn sich die reale Welt nach einem Votum doch nicht in einer Schwarz-Weiß-Schablone darstellt. Exemplarisch wird dies daran deutlich, dass offenbar niemand nach dem LEAVE-Votum der EU den Austrittswunsch offiziell mitteilen will, sondern jetzt allseits informelle Gespräche über die Bedingungen eines Austritts gefordert werden. Der Bevölkerung wurde eine einfache Entscheidungslage vorgetäuscht. Kaum war die Abstimmung vorbei, fordert man Gespräche, weil das Thema so viele Facetten habe. Im parlamentarischen Alltag findet die Befassung mit den Einzelheiten vor und nicht nach der Entscheidung statt. Die Arbeit der Ausschüsse bereitet die Abstimmungen des Plenums vor und macht so rechtzeitig vor Entscheidungen deren Komplexität deutlich.

3) Plebiszite lassen sich leicht für sachfremde Themen instrumentalisieren

Das britische EU-Referendum hatte einen sachfremden Ursprung. Premierminister Cameron beraumte es an, um damit die europafeindliche Opposition in seiner eigenen konservativen Partei zu bändigen. Das Referendum war insofern auch ein Zeugnis eigener Führungsschwäche und Entscheidungsflucht. Dass sich Boris Johnson als Camerons größter innerparteilicher Widersacher zur Leitfigur der LEAVE-Kampagne aufschwang, hatte sicher nicht zuletzt mit eigenen Ambitionen auf Downing Street 10 zu tun. Zu einem nicht unerheblichen Teil war das EU-Referendum in der Geiselnhaft parteiinterner Machtkämpfe bei den Konservativen. In Parlamenten sind solche Machtkämpfe in oder zwischen Regierungsparteien zwar nicht

ausgeschlossen, werden aber letztlich durch die Verknüpfung von Sachabstimmungen mit Vertrauensfragen offen zum Abstimmungsgegenstand.

4) Plebiszite wirken wie Magnete für Protestwähler

Die britische Abstimmung hat erneut belegt, wie schnell Plebiszite unabhängig vom eigentlichen Thema zum Ventil für die unterschiedlichsten Proteststimmungen werden können. Manchen ging es mit ihrer LEAVE-Stimme um einen Denktzettel für die amtierende Regierung, viele wollten ihre Enttäuschung über die eigene soziale Lage zum Ausdruck bringen. Das aktuelle Thema Einwanderung überlagerte die Grundsatzfrage der EU-Mitgliedschaft, die damit nur sehr bedingt zu tun hat. Die Protagonisten der LEAVE-Kampagne griffen all diese Themen allgemeiner Unzufriedenheit gerne auf und befreiten sich so von einer themenorientierten Sachdebatte. Natürlich können auch Wahlen von Proteststimmungen beeinflusst werden, aber gewählte Parlamente können sich der Notwendigkeit von sachorientierten Entscheidungen nicht dauerhaft entziehen.

5) Plebiszite laden Demagogen ein

Demagogen fühlen sich bei Plebisziten besonders wohl, weil sie keine Verantwortung für die Folgen ihres Tuns tragen, Ja/nein-Alternativen eine einfache Welt vorspiegeln und frustrierte Protestwähler besonders anfällig für populistische Irreführungen sind. Es ist frappierend wie unverblümt selbst diejenigen, die beim britischen Referendum Unwahrheiten verbreitet und falsche Versprechungen gemacht haben, schon am Tag nach der Abstimmung zugaben, dass alles nicht so ernst gemeint gewesen sei. Demagogie ist allerdings auch bei Wahlen nicht ausgeschlossen, insbesondere wo es sich um Direktwahlen, also personenbezogene Plebiszite handelt. Dennoch schafft die der repräsentativen Demokratie wesenseigene Aussicht auf die Übernahme von Verantwortung für die Folgen eigener Aussagen Rechtfertigungsdruck zugunsten von Realitätsbezogenheit.

6) Plebiszite sind nur schwer korrigierbar

Verändern sich die Entscheidungsvoraussetzungen sind Plebiszite nicht so einfach zu korrigieren wie Parlamentsentscheidungen. Die Reaktion der Briten nach dem Referendum („Hätten wir das gewusst“) legt den Verdacht nahe, dass die Abstimmung in Kenntnis des Ergebnisses anders ausgegangen wäre. Aber plebiszitäre Abstimmungen können schon wegen des hohen organisatorischen Aufwands nicht einfach wiederholt werden. Parlamente können wesentlich flexibler reagieren, wenn die Umstände eine Neubewertung der Situation nahelegen. Plebisziten sind solche Korrekturen wesensfremd.

7) Plebiszite eignen sich nicht zum Interessenausgleich

In ihrer systemimmanenten Vereinfachungstendenz sind plebiszitäre Verfahren für Minderheiten gefährlich. Das britische Referendum hat dies im Blick auf Schotten und Nordiren erneut belegt. Sie wehren sich nach dem Votum dagegen, den EU-Austritt zu vollziehen, der bei ihnen von einer Mehrheit abgelehnt wurde. Dem hätte man dadurch entgegenreten können, dass ein Referendumserfolg an die Zustimmung aller Teile des United Kingdom (England, Wales, Schottland und Nordirland) geknüpft worden wäre. Das Grundgesetz sieht zwar ein solches Verfahren bei den Volksabstimmungen zur Länderneugliederung vor, aber Plebisziten sind solche Differenzierungen eigentlich wesensfremd: Sie setzen im Unterschied zu Parlamenten nicht auf Interessenausgleich, sondern auf die Wucht der Mehrheitsentscheidung. Das zeigt sich in Großbritannien auch im Blick auf die junge Generation, die zwar die Hauptlast der Folgen eines EU-Austritts zu tragen hat, bei der Entscheidung selbst aber – auch wegen der eigenen geringeren Wahlbeteiligung – eher eine Randrolle spielte.

In Deutschland steht die Forderung nach immer mehr „direkter“ Demokratie hoch im Kurs. Wer Plebiszite problematisiert, sieht sich schnell in der Defensive. Plebiszitäre Verfahren sind inzwischen in

allen Bundesländern bei Sachfragen auf kommunaler Ebene (Bürgerbegehren und –entscheide) und Landesebene (Volksbegehren und –entscheide) möglich. In Personalfragen sehen fast alle Bundesländer die Direktwahl von (Ober)bürgermeistern und Landräten als plebiszitäre Verfahren vor. Lediglich das Grundgesetz begrenzt sie mit eng gefassten Regeln auf die Frage der Länderneugliederung.

Allerdings ist auffällig, dass die Beteiligung an plebiszitären Verfahren in Deutschland sowohl in Sach- als auch Personalfragen regelmäßig um 20 – 30 Prozent niedriger ist als bei entsprechenden Parlamentswahlen.

Meinungsumfragen zeigen, dass 94 Prozent der Bundesbürger in Wahlen die beste Form der politischen Beteiligung sehen. Fast ein Drittel lehnen plebiszitäre Verfahren grundsätzlich ab. Diese Plebiszit-Skepsis der Deutschen wird durch die konkreten Erfahrungen beim britischen Referendum ebenso bestätigt wie die Weitsicht der Väter und Mütter des Grundgesetzes: Die repräsentative Demokratie ist der Plebiszitären weit überlegen. Die britischen Erfahrungen zeigen erneut, dass es keinen Grund gibt, daran zu zweifeln.

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und-quer.de

2. August 2016

Jan Woischnik / Alexandra Steinmeyer

Brasilien als perpetuum immobile

Kurz vor der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele steht die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung den Spielen kritisch gegenüber, und fast zwei Drittel glauben, dass die Spiele dem Land mehr Probleme als Positives bringen werden. Das verwundert kaum, wird das Land doch gerade von einer massiven wirtschaftlichen und politischen Krise erschüttert, dazu kommt die Bedrohung der öffentlichen Gesundheit durch das Zika-Virus. Übergangspräsident Michel Temer (PMDB) fehlt der lange Atem für dringend notwendige politische Strukturreformen. Er verkörpert zudem nicht die politische Erneuerung, die zur Überwindung der Vertrauenskrise nötig wäre.

Als Brasilien im Jahr 2009 den Zuschlag für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2016 erhielt, war in weiten Teilen der Gesellschaft die Freude groß. Olympia verhielt nicht nur ein Konjunkturpaket und innovative Infrastrukturprojekte, sondern vor allem internationale Aufmerksamkeit, die das Land als selbstbewusstes Schwellenland wie selbstverständlich für sich beanspruchte.

Olympia-Vorbereitungen zeigten strukturelle Probleme

Zwar wird das Gastgeberland von Olympia 2016 aller Voraussicht nach einerseits positive Effekte verzeichnen können – doch die Vorbereitungen auf die Spiele zeigten andererseits strukturelle Probleme des Landes: Mitten in der Aufdeckung des „Lava Jato“-Korruptionsnetzwerks rund um den halb-staatlichen Ölkonzern Petrobras wurden auch im Zusammenhang mit den Bauprojekten für Olympia Korruptionsvorwürfe laut. Außerdem rief der Bundesstaat Rio de Janeiro im Juni den „finanziellen Notstand“ aus – ein Instrument, das üblicherweise zur Reaktion auf Naturkatastrophen oder dergleichen eingesetzt wird –, um finanzielle Unterstützung aus dem Bundeshaushalt zu erhalten. Diese Finanzhilfe wird allerdings keines der vielen bestehenden Probleme des Bundesstaats lösen, etwa in der Gesundheitsversorgung oder im Bildungssektor.

Zuvor hatte der Bundesstaat über Monate hinweg die Zahlungen für Gehälter von Staatsangestellten und Pensionen und Renten ausgesetzt oder reduziert. Auch Rios Polizei und Feuerwehr mussten und müssen in Teilen auf ihre Bezahlung warten, zudem wird an Treibstoff für Fahrzeuge und Helikopter gespart – in einer Stadt mit ohnehin prekärer Sicherheitslage angesichts von Olympia ein Spiel mit dem Feuer. Zwei Wochen vor der Eröffnung der Olympischen Spiele wurden zudem zehn Brasilianer festgenommen, die mutmaßlich einen Terroranschlag während Olympia planten.

Brasiliens Politik gelähmt zwischen Präsidentin und Präsident

Wenn sich zur Eröffnung der Olympischen Sommerspiele am 5. August die Augen der Weltöffentlichkeit auf Brasilien richten, werden sie ein Land in der wirtschaftlichen wie politischen Krise erblicken, aus der Übergangspräsident Michel Temer (PMDB) sein Land nicht führen kann. Der ehemalige Vize übernahm das Präsidentenamt im Mai zunächst übergangsweise, nachdem die bis dato Staatspräsidentin Dilma Rousseff (Partido dos Trabalhadores (PT), Arbeiterpartei) vorübergehend ihres Amtes enthoben wurde. Sachgrund des Verfahrens waren Ungereimtheiten bei der Aufstellung des Bundeshaushalts (so sollen unter Rousseff Zahlungen an staatliche Banken systematisch verspätet geleistet worden sein, was Darlehen der Banken an die Regierung gleichkäme, die die brasilianische Verfassung untersagt).

Doch vorrangig hatte die Präsidentin den Rückhalt in Parlament und Bevölkerung durch mangelhaftes Krisenmanagement, unzureichendes Erklären ihrer Politik und unterlassene Reformtätigkeit verspielt. Ein Misstrauensvotum ist in Brasilien nicht vorgesehen, stattdessen wurde das Amtsenthebungsverfahren –

entgegen seines verfassungsmäßigen Zwecks – eingesetzt. Die Abstimmung über Rousseffs endgültige Amtsenthebung im Senat wird für Ende August erwartet. Laut einer Umfrage der Zeitung Estadão gibt die Hälfte der Mitglieder des Senats an, für eine Amtsenthebung stimmen zu wollen, ein knappes Viertel werde dagegen stimmen, und ein gutes Viertel sei unentschieden oder äußert sich nicht – zwei Drittel wären nötig.

Temer repräsentiert das Establishment

Bevor der heute 75-jährige Michel Temer 2011 unter Rousseff Brasiliens Vizepräsident wurde, war er 20 Jahre lang Mitglied des Abgeordnetenhauses, dem er zweimal als Präsident vorstand, und als Anwalt und Generalstaatsanwalt des Bundesstaats São Paulo tätig. Seit 1981 ist er Mitglied des Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB, Partei der brasilianischen demokratischen Bewegung). Deren Vorgängerpartei wurde 1966 als einzig zugelassene Oppositionspartei unter der Militärdiktatur gegründet und damit zum Sammelbecken oppositioneller Kräfte. Mit dem Ende der Militärdiktatur konnte sich die PMDB als pragmatische Partei ohne programmatische Grundlage etablieren, aktuell ist sie die mitgliederstärkste Partei des Landes.

Seitdem der Kandidat der PMDB bei den Präsidentschaftswahlen 1994 grandios scheiterte, hat die Partei keinen eigenen Kandidaten mehr aufgestellt. Stattdessen setzt die Partei auf die „Königsmacher-Strategie“: Dank ihrer starken Präsenz im Parlament ist ihre Unterstützung so gut wie unerlässlich für jede Regierung. So war die PMDB, von 2001 bis April dieses Jahres unter der Führung von Temer, Teil fast aller Regierungskoalitionen. Aufgrund von Temers Einsatz trat sie der Regierungskoalition von Luiz Inácio „Lula“ da Silva (PT) in dessen zweitem Mandat bei – was schließlich den Grundstein legte für Temers Vizepräsidentschaft unter Lulas Nachfolgerin und Protégée Rousseff. Mit Michel Temer stellt die PMDB bereits zum dritten Mal den Staatspräsidenten – der Vizepräsident übernahm das Amt wegen Tod, Rücktritt oder nun (bisher vorübergehender) Amtsenthebung des Staatspräsidenten bzw. der Staatspräsidentin.

Mit mehr als drei Jahrzehnten Politik-Erfahrung ist Übergangspräsident Temer ein Vertreter des politischen Establishments. Er beherrscht die politische Klaviatur Brasiliens, in dessen extrem fragmentiertem Parlament Mehrheiten permanent neu ausgehandelt werden müssen, besser als Rousseff. Allerdings steht er nicht für politische Erneuerung – doch genau danach sehnt sich ein großer Teil der Bevölkerung, da die Politik des Landes noch immer von den Protagonisten der Zeit der Redemokratisierung 1985 geprägt wird und Korruptionsskandale das Vertrauen in die Politik erschüttern.

Der Übergangsregierung fehlt langer Atem

Mit der Aufstellung seines Kabinetts sorgte der Übergangspräsident in Brasilien und international für große Verwunderung, enthielt es doch keine einzige Frau. Stattdessen präsentierte Temer seinem jungen und ethnisch-kulturell vielfältigen Land ein Kabinett alter, weißer Männer. Das zeigte, dass das oberste Anliegen des Übergangspräsidenten nicht der Rückhalt in der Bevölkerung ist, sondern im Senat, der ihn vom Übergangs- zum definitiven Staatspräsidenten machen könnte. Anschließend traten innerhalb eines Monats drei Minister zurück: Dem Tourismusminister Henrique Alves wurde Korruption vorgeworfen; Planungsminister Romero Jucá und – ausgerechnet – der ehemalige Transparenzminister Fabiano Silveira hatten mutmaßlich versucht, die Ermittlungen im „Lava Jato“-Korruptionsskandal zu behindern, wie aus geleakten Tonaufnahmen hervorging. Weitere Minister stehen unter Korruptionsverdacht. Temers Haltung zur Aufklärung des Korruptionsskandals ist umstritten, und einige befürchten eine Eindämmung der Aufklärung. Auch die Kommunalwahlen im Herbst dieses Jahres begünstigen politischen Stillstand. Zudem prüft das Oberste Wahlgericht Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf, aus dem Rousseff und Temer siegreich hervorgingen. Es könnte die Wahl für ungültig erklären und Neuwahlen ausrufen. Bei all diesen Ungewissheiten fehlt Temers Regierung der lange Atem für Veränderung.

Anzeichen wirtschaftlicher Erholung

Positiver hat sich die brasilianische Wirtschaft entwickelt, dem Internationalen Währungsfond zufolge habe das Land die Talsohle der Wirtschaftskrise bereits durchschritten: 2016 werde die brasilianische Wirtschaft weniger stark schrumpfen als im Vorjahr, und für 2017 wird gar ein leichtes Wachstum erwartet. Der brasilianische Börsenindex Bovespa hat im laufenden Jahr um mehr als 30% zugelegt (der Dax verlor im gleichen Zeitraum gut 2%), was einerseits der extrem schlechten Ausgangslage zuzuschreiben ist, andererseits haben Brasiliens Währung Real und seine Börsen externe Schocks wie Großbritanniens Brexit-Referendum kaum gespürt. Die Wirtschaftspolitik war und ist ein Schwerpunkt von Temers Übergangsregierung: Mit Henrique Meirelles wählte er einen Finanzminister, der zuvor in wirtschaftlichen Boomjahren Chef der Zentralbank war und das Vertrauen der internationalen Märkte genießt. Der starken Binnenorientierung des Landes – in nur fünf Ländern weltweit macht der Außenhandel einen geringeren Teil der Wirtschaftsleistung aus – begegnet Temers Regierung mit Vorhaben zur Senkung der hohen Importzölle und Investitions- bzw. Handelsabkommen. Auch Privatisierungen und strengere Haushaltsdisziplin (von der allerdings bisher wenig zu spüren ist) sollen das Vertrauen von Investoren stärken.

Doch grundlegendere Reformen sind gefordert: Nach dem Ende des Commodity-Booms muss Brasilien seine Industrie stärken und Standortfaktoren verbessern – Stichwort Bürokratieabbau und Korruptionsbekämpfung –, um nicht ausschließlich zum Rohstofflieferanten für China zu werden. In Ermangelung eines Wohlfahrtsstaates lassen Arbeitslosigkeit und Inflation die Bevölkerung die massive Wirtschaftskrise täglich spüren – Temer braucht also sichtbare Erfolge, und zwar bald.

Fazit: Olympia kommt und geht, Brasiliens Probleme bleiben ungelöst

Brasilien befindet sich seit Beginn der massiven Wirtschaftskrise 2014, die die politische Krise einläutete, im politischen Stillstand. Zwar deutet sich momentan ein Silberstreif am wirtschaftlichen Horizont an, doch die politischen Unwägbarkeiten könnten auch diesen zunichte zu machen. So werden Brasiliens Probleme auch nach Olympia ungelöst bleiben – oder sich, etwa im Bereich der öffentlichen Sicherheit, wohl noch verschlimmern. Übergangspräsident Michel Temer ist bisher nicht in der Lage, den Zustand des politischen „perpetuum immobile“ zu beenden. Auch wenn ihn eine endgültige Amtsenthebung Rousseffs definitiv zum Staatspräsidenten machen sollte, fehlt ihm voraussichtlich der lange Atem für mutige Strukturreformen, die Brasilien so dringend braucht.

Große Teile der brasilianischen Politik haben sich durch täglich neue Korruptions-Enthüllungen nachhaltig selbst diskreditiert, und auch Temer ist keine Ausnahme: Gegen ihn sind Verfahren wegen Korruption und Ungereimtheiten in der Wahlkampffinanzierung anhängig. Sollte er in Letzterem für schuldig befunden werden, könnte er sich acht Jahre lang nicht zur Wahl für ein politisches Amt stellen. Das Land braucht endlich eine handlungsfähige und reformbereite Regierung – strukturelle Probleme gibt es schließlich genug. Zu erwarten ist allerdings, dass sich der politische Stillstand noch bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 hinziehen wird.

Dr. Jan Woischnik (1970) ist Volljurist und seit zwanzig Jahren in der internationalen Arbeit tätig mit Stationen bei der Adenauer-Stiftung, dem Auswärtigen Amt und der Max-Planck-Gesellschaft. Seit November 2015 leitet er das Auslandsbüro der Adenauer-Stiftung in Brasilien.

Alexandra Steinmeyer (1990) ist Politikwissenschaftlerin und Betriebswirtin mit Expertise in den Bereichen lateinamerikanische Politik und soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Auslandserfahrung sammelte sie über Studienaufenthalte in den USA, Mexiko und Spanien, sowie über Praktika bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile und bei einer guatemaltekischen zivilgesellschaftlichen Organisation. Seit Februar 2016 ist sie Trainee der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien."

Für ein anlassbezogenes Burka-Verbot

Bei der Debatte um die Vollverschleierung gilt es, abseits aller Emotionen nüchtern die Fakten und rechtlichen Möglichkeiten zu bewerten. Innenminister Thomas de Maizière weist zu Recht darauf hin, dass es dem Freiheitsverständnis des Grundgesetzes widerspricht, alles zu verbieten, was uns nicht gefällt. Andererseits gibt es keine unbeschränkte Freiheit: Grenzen setzen der Respekt vor der Freiheit des Anderen und die Akzeptanz der Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie.

1. Worum geht es

Im Islam gibt es unterschiedliche Formen der Verschleierung. Während der Niqab aus der vorislamischen Beduinenkultur stammt, um Körper und Gesicht vor Sonne und Wind zu schützen, lässt sich die Burka erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts nachweisen. Im Koran gibt es die Aufforderung an Frauen, einen Schal zu tragen, der ihren Schmuck verdeckt bzw. "etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen", damit sie nicht belästigt werden. Erzkonservative Muslime berufen sich darüber hinaus auf eine Textstelle, nach der Männer keinen direkten Zutritt zu den Frauen des Propheten haben sollen, sondern nur getrennt durch einen Vorhang („Hijab“) mit ihnen reden dürfen.



Daraus wird die Forderung abgeleitet, alle Frauen sollten sich bis auf Gesicht und Hände vollständig bedecken (Chador). Mit der Ganzkörperverschleierung haben Islamisten diese Vorschrift ins Extrem getrieben. Die Burka mit einem Stoffgitter zur Verhüllung selbst der Augen wird vor allem in den Golfstaaten getragen, die vom erzkonservativen Wahabismus dominiert sind. Im fundamentalistischen Saudi-Arabien ist diese Form der Vermummung sogar vom Gesetzgeber verpflichtend festgelegt. Auch die Taliban in Afghanistan haben die Burka zwangsweise durchgesetzt, ebenso der „Islamische Staat“ in dem von ihm besetzten Gebieten.

Wenn in Europa über ein „Burka-Verbot“ diskutiert wird, sind die Ganzkörperverschleierungen von Niqab und Burka gemeint.

2. Religionsfreiheit

Zwar lässt sich dem Koran eine Burka-Pflicht nicht unmittelbar ableiten und die meisten Muslime lehnen die Ganzkörperverschleierung ab. Dennoch gehört sie für bestimmte Gruppen zu ihrem Glaubensverständnis und ist deshalb grundsätzlich durch die vom Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit ab-

gedeckt. Darauf weist auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in einem Gutachten aus dem Jahr 2010 hin: „Das Tragen einer Burka fällt damit in den Schutzbereich des Art.4 GG, soweit die Trägerin dies als verbindlich von den Regeln ihrer Religion vorgeschrieben empfindet.“

3. Integrationsnotwendigkeit

Es lässt sich nicht bestreiten, dass das Tragen einer Burka ein bewusstes Zeichen von integrationsfeindlicher Abgrenzung vom Wertekonsens sein kann, der unsere freiheitliche Gesellschaft trägt. Deshalb empfinden auch viele die Ganzkörperverschleierung im öffentlichen Raum als Zumutung. Wie der wiss. Dienst des Bundestages ausführt, verlangt das Grundgesetz von uns allerdings, dies zu ertragen, denn „der einzelne (hat) kein Recht darauf, von fremden Glaubensbekundungen verschont zu bleiben. Insofern gewährt die negative Religionsfreiheit weder das Recht die Bekenntnisäußerung anderer zu verhindern, noch durch den Staat vor Konfrontationen mit religiösen Fakten geschützt zu werden. Es existiert kein Anspruch im öffentlichen Raum vor den religiösen Einflüssen der Umwelt abgeschirmt zu werden.“ Im übrigen ist es schwierig im konkreten Fall festzustellen, ob die Burka aus religiösen Gründen getragen wird oder als politische Demonstration.

4. Selbstbestimmung der Frau

Der Ganzkörperverschleierung liegt ein Frauenbild zugrunde, das erkennbar im Widerspruch zu Artikel 3 GG steht: „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Der wiss. Dienst des Bundestages stellt dazu fest: „Beide Regelungen zielen aber auf die Rechtsgleichheit zwischen den Geschlechtern. Der Staat erhält dadurch keinen Erziehungsauftrag für seine Bürger, der ihn legitimiert ein Verbot der Vollverschleierung auch gegen den Willen der betroffenen Frauen durchzusetzen.“

Ohne Zweifel besteht aber auch die Gefahr, dass die Ganzkörperverschleierung Frauen aufgezwungen wird. Dazu hat der wiss. Dienst des Bundestages eindeutig festgestellt: „Soweit die Burka aus anderen Motiven - etwa aufgrund äußeren Zwangs - getragen wird, unterfällt dies nicht dem Schutzbereich des Artikels 4 GG.“

5. Burka-Verbot konkret

Frankreich führte 2011 ein landesweites Burka-Verbot ein. Der Europäische Gerichtshof urteilte im Juli 2014, dass das dortige Gesetz menschenrechtskonform sei. Das Tragen einer Burka untersagt hat auch Belgien. Im Senegal hat die Regierung Ende 2015 die Ganzkörperverschleierung von Frauen verboten, nachdem es zuvor mehrere Selbstmordattentate von Burka-Trägerinnen oder von mit Burka verkleideten Männern gegeben hatte.

Ende 2015 hat zudem der Schweizer Kanton Tessin nach einer Volksabstimmung ein Burkaverbot beschlossen. Dort heisst es jetzt in der Kantonsverfassung: „(1) Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum und an Orten verhüllen oder verbergen, die allgemein zugänglich sind (ausgenommen Sakralstätten) oder der Erbringung von Publikumsdienstleistungen dienen. (2) Niemand darf eine Person zwingen, ihr Gesicht aufgrund ihres Geschlechts zu verhüllen.“

Die Erfahrungen in Frankreich und Belgien haben allerdings gezeigt, dass ein generelles Verbot im Alltag schwer durchzusetzen ist, zu einer Solidarisierung radikaler Islamisten und einer Zunahme von Burka-Trägerinnen führen kann. Ausserdem zeigten sich konkrete Probleme im Blick auf die Wirksamkeit des Ordnungsgeldes: In Frankreich übernehmen muslimische Organisationen das Bussgeld für Frauen, die gegen das Gesetz verstoßen. Im Tessin verkündete ein muslimischer Unternehmer öffentlichkeitswirksam mögliche Strafzahlungen für Burka-Trägerinnen zu begleichen.

6. Was tun ?

Der wiss. Dienst des Deutschen Bundestages hält ein generelles Burka-Verbot in Deutschland für verfassungswidrig, fügt aber hinzu: „Ein Verbot kommt nur im Einzelfall als Ergebnis einer Abwägung mit kollidierenden Verfassungsgütern in Betracht.“ Solche Einzelfallregelungen erscheinen sinnvoll, um Religionsfreiheit und Integrationsnotwendigkeit gleichermaßen gerecht zu werden.

Einige Beispiele dafür gibt es schon:

Bei „öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel“ gilt das sog. „Vermummungsverbot“: Nach §17a des Versammlungsgesetzes ist es verboten, „an derartigen Veranstaltungen in einer Aufmachung, die geeignet und den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern, teilzunehmen oder den Weg zu derartigen Veranstaltungen in einer solchen Aufmachung zurückzulegen.“

Das Tragen einer Burka bei der Ausübung eines öffentlichen Amtes wird derzeit schon in den meisten Bundesländern insbesondere für den Bereich der Schulen und Kindergärten verboten. Berlin und Hessen haben darüber hinausgehende Regelungen, die sich auch auf Beamte und Angestellte in der Landesverwaltung beziehen. Im Bundesbeamtenrecht gibt es keine vergleichbaren Vorschriften. Der wiss. Dienst des Bundestages stellt dazu fest: „Ein Verbot des Tragens der Burka im öffentlichen Dienst bedürfte einer Änderung des Beamtenrechts. Eine solche Regelung dürfte aber weder konkret eine bestimmte Religion diskriminieren noch ein bestimmtes religiöses Kleidungsstück verbieten.“

Unter Beachtung dieser Vorgabe wäre eine gesetzliche Regelung sinnvoll, die Einzelregelungen zusammenfasst und systematisiert. Danach könnte die Formulierung des Versammlungsgesetz aufgreifend eine „Aufmachung, die geeignet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“ für den öffentlichen Dienst incl. des Besuchs von Ämtern, vor Gericht, bei Pass- und Verkehrskontrollen, in öffentlich finanzierten Bildungseinrichtungen von Kitas bis zur Hochschule usw. verboten werden. Das sollte übrigens auch bei der Teilnahme an den gesetzlich vorgeschriebenen und finanzierten Integrationskursen gelten. Außerdem sollten solche „Aufmachungen“ dort verboten werden, wo sie die Sicherheit gefährden wie z. B. beim Führen eines Fahrzeugs im Straßenverkehr. Rechtlich sollten Verstöße als Ordnungswidrigkeiten im Verwaltungsrecht, nicht im Strafrecht geahndet werden.

Dazu könnte für bestimmte private Bereiche das Recht auf Zurückweisung der Vollverschleierung (das ist etwas anderes als ein Verbot) gesetzlich abgesichert werden - z. B. beim Besuch einer Bank oder im privaten Geschäftsverkehr.

Solche differenzierten Regelungen sind zwar mühsamer als ein allgemeines Burka-Verbot, aber sie sind zugleich wirksamer. Zum einen entfällt die Gefahr, dass das Bundesverfassungsgericht wegen eines generellen Eingriffs in die Religionsfreiheit tätig wird. Zum andern sollten wir uns im Respekt vor den Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie der Aufgabe nicht entziehen, genauer zu definieren, wann und warum Freiheitseinschränkungen wie das Verbot des Tragens einer bestimmten Kleidung gerechtfertigt sind. Die Diskussion darüber ist sinnvoll und notwendig, weil sie zur Auseinandersetzung mit den Grundlagen freiheitlicher Demokratie zwingt.

Dr. Stephan Eisel (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und-quer.de

29. August 2016

Volker Ladenthin

Vernunft und Glaube

Die Euphorie war groß: Endlich schien der Mensch begriffen zu haben, dass er seine eigene Geschichte machen konnte. Er musste nur den Mut haben, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, dann würde er sich mit eigener Kraft aus selbstverschuldeter Unmündigkeit befreien. In *der Kritik der reinen Vernunft* hatte Immanuel Kant die Methode der Aufklärung beschrieben: Nicht ein Gott, nicht Geschichte oder Gesellschaft, nicht die Natur diktierten dem Menschen in die Feder, was er zu tun hatte; es schien umgekehrt. Der Mensch konnte sich seine Idole selbst schaffen. Er konnte der Natur, der Geschichte oder der Gesellschaft Fragen stellen, auf die diese ihm dann zu antworten hatten: Experiment und Erklärung, Das war die Idee der Wissenschaft: Messung nach menschlichem Maß. Der Mensch stellt die Fragen, Natur und Gesellschaft gaben die Antworten.

Sicher, es gab einige lästige Bedenkenträger: Jean-Jacques Rousseau hatte darauf hingewiesen, dass technischer Fortschritt nicht mit moralischem Fortschritt einhergehen müsse, ja die Aufklärung eine fatale Dialektik habe: „Alles, was aus den Händen des Schöpfers kommt, ist gut; alles entartet unter den Händen des Menschen. (...) Er vermischt und verwirrt Klima, Elemente und Jahreszeiten. (...) Er erschüttert alles, entstellt alles (...). Nichts will er so, wie es die Natur gemacht hat, nicht einmal den Menschen. (...) Er muß ihn seiner *Methode* anpassen ...“

Aber wem nützen solche Mahnungen? Die Methode war doch gut. Ihr Erfolg war doch erfahrbar: Die Blitze des Himmels wurden vom Blitzableiter entmachtet, und die Elektrizität konnte man zweckmäßig nutzen: Für Maschinen, für Licht, Aufklärung eben. So vieles wurde beleuchtet. Die Städte, die Nacht. Die Winzigkeit des Atomkerns. Die Unendlichkeit des Weltraums. Das Innerste des Menschen – sein Gehirn. Und alles aus eigenem Willen. Alles schien möglich, mit dieser Überzeugung warb ein Autokonzern. Das Internet kann alles, versprochen Anbieter. ‚All inclusive‘ wirbt die Reisebranche. Alles klar. Alles geklärt. Aufklärung.

Aber in diesem Versprechen liegt das Problem. Wenn die Vernunft *alles* kann, wozu genau *sollte* man sie dann gebrauchen. Zum Fortschritt? Ja, aber worin besteht der? Immer mehr von allem? Das hält die Welt nicht aus. Der Planet platzt schon jetzt aus allen Nähten.

Aber wie sollte man eine andere Antwort finden? Mit der gleichen Methode, mit der sich das Problem ergeben hatte? Kann die Vernunft sich selbst einen Sinn setzen? Kann sie sich wie Münchhausen selbst aus dem Sumpf ziehen?

Die Vernunft stieß, je mehr sie sich selbst verwirklichte, immer stärker auf dieses Problem: Wenn Wahrheit methodisch gewonnen wird, mit welcher Methode bestimmt man dann diese Methode? Vielleicht erfindet man auch dafür eine Methode... aber dann wird es schon ein Regress ins Unendliche: Mit welcher Methode bestimmt man die Methode, mit der man Methoden bestimmt? Das Zurückfragen kommt an kein Ende. Die Vernunft läuft ins Leere. Sie kann nicht methodisch begründen, dass ihre Methoden sinnvoll sind.

Die Wissenschaftstheoretiker und Ethiker sind sich inzwischen einig: man findet mit der Vernunft keine Letztbegründung, weil eben diese vernünftig sein müsste und so bereits als gültig voraussetzt, was sie erst beweisen will. Wer sich selbst einen Sinn setzen will, muss ihn schon haben, um ihn setzen zu wollen. Aber woher hat er ihn? Wer sittlich handeln will, muss erklären können, warum es sittlich ist, sittlich zu handeln. Münchhausens Lösung gehört in den Bereich der phantastischen Literatur.

Die Vernunft stößt, wo immer sie nach dem *Warum* und nach dem *Wozu* fragt auf Grenzen. Sie kann nicht herausfinden, warum und wozu sie gelten soll. Kurzfristige Zwecke kann man angeben: Ein Auto ist gut, weil es bequem ist. Aber warum ist Bequemlichkeit gut? Radler schwören eher auf die Gesundheit. Was ist besser? Warum? Was ist der Sinn *aller* Zwecke?

Wir alle *glauben*, dass es vernünftig ist, vernünftig zu sein. Wir alle handeln also, ohne den letzten Grund unseres Handelns begründen zu können. Wir handeln *letztlich* grundlos. Aber wir tun so, als gäbe es gute letzte Gründe.

Wir leben alle in dem *Glauben*, dass es vernünftig ist, sich an die Vernunft zu halten. Was ist das für ein Glaube? Woher kommt er? Wir können ihn nicht begründen, denn dann wäre es kein Glaube mehr, sondern der Beweis eines letzten Grundes, und die Zweifel begännen von Neuem. Wir alle leben auf der Basis eines Glaubens. Der Physiker ebenso wie der Soziologe. Wir *glauben*, dass man mit mathematischen Methoden die Welt erkennen kann: Beweisen kann man es nur wieder mit mathematischen Methoden. Ein Zirkelschluss. Wir glauben, dass es moralisch ist, moralisch zu handeln. Aber muss man nicht schon moralisch sein, um moralisch sein zu *wollen*?

Das Alte Testament hat ein wunderbares Bild für diese postmoderne Vernunftkatastrophe: Wir Menschen erhalten das, was wir selbst nicht schaffen können, aus Gottes Hand. Der Grund der Sittlichkeit wird Moses von Gott gegeben. Nicht wir Menschen können zur Moral motivieren. Wir müssen sie zwar verständlich auslegen und vernünftig gestalten: Aber der Grund dafür, moralisch sein zu müssen, liegt bei jemand anderem. Das hatte Moses auf dem Sinai erfahren.

Es lässt sich nicht beweisen, dass es so war, damals auf dem Sinai. Aus gutem Grund: Ließe es sich beweisen, so wäre der Beweis von Menschen Hand und damit nicht letztbegründet. Alles Menschliche ist nur vorläufig.

Aber es gibt Menschen, die *glauben*, dass die Geschichte von Moses am Sinai eine Geschichte ist, die zeigt, dass dort, wo die Vernunft nicht weiter kommen *kann*, der Glaube ansetzt. Immer. Bei allen. Jeder lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann. *Jede Vernunft setzt den Glauben an sich schon immer voraus*. Die Vernunft kann ihre Voraussetzung sehr genau bestimmen. Aber sie kann sie nicht vernünftig gestalten. Beim Handeln aber setzen wir voraus, dass diese Voraussetzung vernünftig gestaltet wurde. Wir implizieren (oder glauben voraussetzen zu dürfen), dass es vernünftig ist, vernünftig zu sein. Alles rationale Handeln setzt Glauben voraus. Welchen? Nun, das wäre eine eigene Abhandlung wert.

Prof. Dr. Volker Ladenthin (1953) ist Prof. für Historische und Systematische Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn. Er forscht zur Allgemeinen Pädagogik, Bildungstheorie und zur Werterziehung. Über den Zusammenhang von Religion und Bildung hat er sich in seinem letzten Buch geäußert: *Zweifeln, nicht verzweifeln. Warum wir Religion brauchen*. Würzburg 2016.

5. September 2016

Karl-Heinz Kamp

Die NATO und Russland

Russland war eines der zentralen Themen auf dem NATO-Gipfeltreffen in Warschau im Juli 2016. Das überrascht nicht, ist doch seit spätestens 2014 erkennbar, dass Moskau einen neuen außenpolitischen Kurs verfolgt, der von den meisten seiner westlichen Nachbarn als bedrohlich angesehen wird. Drei Elemente fallen dabei ins Auge.

Erstens definiert sich Russland als anti-westliche Macht und sieht das westliche Demokratieverständnis, das von Freiheit und Toleranz gekennzeichnet ist, als degeneriert an. Stattdessen sind Präsident Putins Reden von orthodox-nationalistischen Tönen gekennzeichnet, in die sich slawische Überlegenheitsphantasien mischen.

Zweitens denkt Moskau wieder in Einflussphären – angrenzende Regionen also, in denen man besondere Interessen hat und daraus besondere Rechte ableitet. Ländern, die in diesen einst „Nahes Ausland“ genannten Regionen liegen, wird nur eine begrenzte Souveränität zugestanden. Gerade aus diesem Denken leitet sich die scharfe Kritik Moskaus an der Erweiterung von NATO und EU ab, ist dadurch doch der Sicherheitsgürtel aus russischer Sicht geschmälert worden. Das grundlegende Prinzip des Völkerrechts, dass souveräne Staaten selbst bestimmen können, welchem Bündnis sie angehören möchten, zählt offenbar nicht.

Drittens führen diese beiden Sichtweisen offenbar dazu, dass Russland internationales Recht bricht, Krieg in einem Nachbarland führt und Teile dieses Landes annektiert. Mit seiner Bereitschaft, Grenzen in Europa mit Gewalt zu ändern, hat Russland die seit dem Ende des Kalten Krieges bestehende europäische Sicherheitsordnung zu Grabe getragen.

Auch hat Russland seit der Annexion der Krim die Lage weiter verschärft. Militärmanöver mit 160.000 Soldaten, die Drohung, Kernwaffen gegen Dänemark einzusetzen oder Präsident Putins Aussage, das Baltikum in wenigen Tagen überrennen zu können, müssen die Furcht vor einem aggressiven Russland verstärken.

All dies waren bewusste Entscheidungen der Führung im Kreml und nicht etwa Reaktionen auf ein vermeintliches Fehlverhalten von NATO oder EU. Weder ein russisches Unbehagen über den Beitritt ehemaliger Ostblockstaaten zur NATO noch eine wie auch immer begründete Kritik Moskaus an dem Raketenabwehr-Projekt der NATO rechtfertigen die Änderung von Grenzen in Europa mit Gewalt.

Es ist die Aufgabe der NATO, in einer solchen Situation ihre militärischen Kapazitäten anzupassen und damit auch eine doppelte politische Botschaft zu vermitteln: zum einen ein Signal der Abschreckung an Russland, um eine zumindest denkbare Aggression gegen NATO-Territorium zu verhindern. Zum andern müssen die Mitgliedsländer in Osteuropa ein deutliches Zeichen der Bündnissolidarität und damit der Rückversicherung erhalten, um ihre Bedrohungsängste abzumildern. Dazu gehören auch militärische Übungen in Osteuropa, die nicht nur die militärische Leistungsfähigkeit der Atlantischen Allianz überprüfen, sondern gleichzeitig zur Glaubwürdigkeit der genannten politischen Doppelbotschaft beitragen. Würde die NATO diese politischen und militärischen Aufgaben nicht wahrnehmen, so hätte sie ihre Funktion als Sicherheits- und

Verteidigungsallianz verspielt.

Allerdings müssen die Abschreckungs- und Verteidigungsanstrengungen mit Augenmaß betrieben werden, denn man will ja verhindern, dass die eigenen Maßnahmen vom Gegenüber als Bedrohung verstanden werden und wiederum zu Gegenmaßnahmen führen. Ebenfalls muss sichergestellt sein, dass auch in Konfliktsituationen Gesprächskanäle und Möglichkeiten zur Kooperation in Feldern gemeinsamen Interesses erhalten bleiben. Gerade weil man davon ausgehen muss, dass Präsident Putin seinen Versuch der Wiederherstellung russischer Weltgeltung auch unter Einschluss militärischer Mittel fortsetzen wird, muss die Konfrontation „administriert“ werden, um eine plötzliche Eskalation durch etwaige Missverständnisse zu verhindern – etwa wenn ein Kampfflugzeug in fremden Luftraum eindringt oder direkt über einem Kriegsschiff vorbeifliegt.

Diese beiden Säulen der Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft einerseits sowie des Dialoges andererseits bilden – nicht zuletzt auf Bemühungen der Bundesregierung hin – den Kern der aktuellen NATO-Politik. Deshalb hat man sich auf dem NATO-Gipfel in Warschau zu sehr maßvollen Schritten entschieden. Dazu gehört eine rotierende Stationierung von je einem Bataillon – das sind circa 1.000 Soldaten – in den vier am stärksten gefährdeten NATO-Ländern. Das ist mit Sicherheit kein Säbelrasseln oder Kriegsgeheul, wie gelegentlich kolportiert. Auch wurde der NATO-Russland Rat, ein seit fast zwei Jahrzehnten bestehendes Konsultationsforum, nicht aufgekündigt, obgleich in einigen NATO-Hauptstädten der Sinn eines solchen Forums nach der Aggression gegen die Ukraine in Zweifel gezogen wurde.

Das weitere Vorgehen der NATO wird maßgeblich vom Verhalten Russlands abhängig sein. Liest man die 30-seitige Abschlusserklärung des Gipfels durch, so erkennt man, dass sich das Angebot der ausgestreckten Hand an Russland wie ein roter Faden durch das Dokument zieht. Wenn Russland zur Rechtstreue zurückkehrt, die im Abkommen von Minsk festgehaltenen Vereinbarungen in der Ostukraine erfüllt, Drohungen gegenüber seinen Nachbarn unterlässt und nicht weiter mit nuklearfähigen Flugzeugen an deren Grenzen fliegt, ist die Tür für Entspannung weit offen. Klar ist aber auch, dass die NATO sehr wohl willens und in der Lage ist, ihre Mitglieder zu schützen und die Integrität des Bündnisgebietes zu wahren. Alle 28 NATO Staaten waren sich in Warschau einig, dass Geschlossenheit und Bündnissolidarität hohe Güter sind, denen sich die gesamte NATO verpflichtet hat.

All dies sieht die Führung in Moskau nicht mit besonderem Wohlgefallen. Man hat die Einigkeit von NATO und EU und deren entschlossenes Vorgehen seit Beginn der Ukraine-Krise unterschätzt. Nicht nur die NATO sondern auch Russland wird sich auf ein neues sicherheitspolitisches Umfeld einstellen müssen.

Karl-Heinz Kamp (1957) ist der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

12. September 2016

Ruprecht Polenz

Islam im säkularen Staat

Gerade weil wir ein säkularer Staat sind, müssen wir die Diskussion über den Islam wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Es sind die Sarrazins, Abdel-Samads, Keleks, Broders und ihre Jünger, die die Islamdebatte im Kopfstand führen. Ihre Grundthese: der Islam ist eine schreckliche Religion. Ehe sie sich nicht ändert, ist allen Muslimen gegenüber Vorsicht geboten. Die Gefahr dieser These: sie kehrt die Beweislast um und stellt alle Muslime unter einen diffusen Generalverdacht, der leicht zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden kann.

Der Weg, über eine Änderung religiöser Vorstellungen verfassungskonformes Verhalten bewirken zu wollen, wäre ein jahrhundertelanger Umweg, den der säkulare Staat weder gehen kann noch gehen darf.

Im säkularen, pluralistischen Staat geht es um ein gutes Zusammenleben trotz unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen. Anknüpfungspunkt der Diskussion sollte deshalb immer das konkrete Verhalten sein, wenn es dieses Zusammenleben stört. Nicht die (religiösen?) Motive, auf denen es möglicherweise beruht. Die Motive des Störers sind ja auch sonst unbeachtlich.

Wir treten ihm entgegen, indem wir auf die Vorzüge unserer Regeln für das Zusammenleben hinweisen und sein Verhalten ggfls. sanktionieren. Um gegen die Vielehe oder die Kinderehe zu sein, sollte man sich also nicht auf lange Koranauslegungen kaprizieren, sondern wir sollten auf das Grundgesetz und die darin postulierte Gleichberechtigung der Geschlechter, die Menschenwürde der Frauen und unsere Vorstellungen von Ehe und Familie hinweisen, die durch die Viel- oder Kinderehe verletzt wird. Uns ist im säkularen Staat auch gleichgültig, was Bibel oder Koran zur Homosexualität sagen, denn wir gewinnen unsere Überzeugung aus dem Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, die sich wiederum aus der Menschenwürde ergibt.

Natürlich können wir uns über jeden christlichen oder Islamischen Theologen freuen, der die Bibel oder den Koran in diesem Sinn deutet. Aber der säkulare Staat kann und muss nicht darauf warten, bis sie Erfolg haben, ehe er SEINE Verfassungswerte durchsetzt. Religionsreform ist KEINE Aufgabe des säkularen Staates. Er hat seine eigenen Werte für unser friedliches Zusammenleben - und die müssen alle beachten (was immer sie glauben mögen).

Ruprecht Polenz (1946) war bis 2013 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.

19. September 2016

Frank Lavin

Trump is the emperor with no clothes

I had the honor of serving as Ronald Reagan's White House political director from 1987 to 1989, so I can claim some insight on U.S. politics. My central conclusion on the 2016 race: It might not be entirely clear that Hillary Clinton deserves to win the presidency, but it is thunderingly clear that Donald Trump deserves to lose.

From this premise, I will do something that I have not done in 40 years of voting: I will vote for the Democratic nominee for president. The depressing truth of the Republican nominee is that Donald Trump talks a great game but he is the emperor who wears no clothes.

Trump falls short in terms of the character and behavior needed to perform as president. This defect is crippling and ensures he would fail in office. Trump is a bigot, a bully, and devoid of grace or magnanimity. His thin-skinned belligerence toward every challenge, rebuke, or criticism would promise the nation a series of a high-voltage quarrels. His casual dishonesty, his policy laziness, and his lack of self-awareness would mean four years of a careening pin-ball journey that would ricochet from missteps to crisis to misunderstandings to clarifications to retractions.

This decision is not an easy one. I proudly served in every Republican administration over the past 40 years: Ambassador and Undersecretary for George W. Bush, Commerce Department official for George H. W. Bush, and several White House and State Department assignments for Ronald Reagan beyond the political director role.

I have seen presidents work with difficult people and difficult issues. It requires a blend of strategic vision and tactical flexibility, combined with optimism and good humor. A president needs the thick skin to ignore criticism and the management discipline to stay fixed on goals. Trump, on the other hand, manages to pick fights that are unrelated to his goals.

The most pronounced example in this regard was his tasteless criticism of the family of deceased Army Capt. Humayun Khan. We owe that young man our gratitude for the ultimate sacrifice. And we owe his parents our respect for the dignity with which they reproached Mr. Trump for his grotesqueries.

Less poignant is a part of the Trump story that ought to have particular resonance with Republicans: his four business bankruptcies, more than a trivial matter for a party that prides itself on thrift, sound money, and prudential management.

The bankruptcies reflect a man who either lacks reasonable business judgment or reasonable business ethics. By themselves, four bankruptcies are pretty bad. But four bankruptcies and a private jet is deplorable. How can everyone lose money in the collapse of a project yet Trump flies away again and again?

In the early days of my startup, there was a moment when I could have shut the firm, declared bankruptcy, and walked away from my obligations, but I have employees, investors, clients, and customers -- all of whom rely on my commitment. I have a moral obligation to stand by people

who are standing by me. No wonder so many Americans are skeptical of market economics if the system can be so easily manipulated by Trump.

To paraphrase Oscar Wilde, one bankruptcy may be regarded as a misfortune, but four begins to look like carelessness. We can suppose that Trump has every legal right to declare bankruptcies and to walk away with millions. And voters have every legal right to vote against him for those actions.

There are many issues on which Hillary Clinton and I are not in agreement. However on the core foreign policy issues our country faces -- alliance relationships, security commitments, and international engagement -- she comes closer to Republican views than does Trump. And Donald Trump makes me cringe.

I am voting for Hillary. And I vote in Ohio.

Frank Lavin (1957) war Mitarbeiter in allen republikanischen Administrationen der letzten 40 Jahre– als Botschafter und Unterstaatssekretär bei Georg W. Bush, als Vertreter des Handelsministeriums für Georg H. W. Bush und verschiedenen Funktionen im Weißen Haus und Außenministerium unter Ronald Reagan, u. a. auch als Politischer Direktor im Weißen Haus. 2010 gründete er das Beratungsunternehmen „Export Now“, das Firmen beim Online-Handel in China berät.

Arbeitsübersetzung

Frank Lavin

Trump ist der Kaiser ohne Kleider

Ich hatte die Ehre unter Präsident Ronald Reagan von 1987 bis 1989 im Weißen Haus als politischer Direktor zu arbeiten, und kann deshalb für mich in Anspruch nehmen, einige Einblicke in die US-Politik zu haben. Meine zentrale Schlussfolgerung für die Präsidentschaftswahl 2016 lautet: Es ist vielleicht nicht ganz eindeutig, dass es Hillary Clinton verdient, die Präsidentschaft zu gewinnen, aber es ist völlig klar, dass Donald Trump es verdient, zu verlieren.

Ausgehend von dieser Prämisse, werde ich etwas tun, was ich in 40 Jahren als Wähler noch nie getan habe: Ich stimme für den Kandidat der Demokraten für das Amt des Präsidenten. Die deprimierende Wahrheit über den republikanische Kandidat ist, dass Donald Trump eine tolle Vorstellung verspricht, aber in Wahrheit als Kaiser ohne Kleider dasteht.

Trump unterschreitet in Bezug auf Charakter und Benehmen das für einen Präsidenten erforderliche Niveau. Dieses Defizit ist verheerend und garantiert, dass er im Amt versagen würde. Trump ist ein Fanatiker, ein Rüpel – ohne jede Würde und Großherzigkeit. Seine dünnhäutige Streitlust gegenüber jeder Herausforderung, Ermahnung oder Kritik würde der Nation mit Sicherheit eine Serie hochexplosiver Auseinandersetzungen bescheren. Seine beiläufige Unehrllichkeit, seine politische Bequemlichkeit und seine Unfähigkeit zur Selbstkritik würden unser Land auf eine gefährliche Achterbahnfahrt aus Fehlritten, Krisen, Missverständnissen und Rückziehern schicken.

Für mich ist die Entscheidung für die Kandidatin der Demokraten nicht leicht. Ich bin stolz darauf, dass ich in allen republikanischen Administrationen der letzten 40 Jahre mitgearbeitet habe – als Botschafter und Unterstaatssekretär bei Georg W. Bush, als Vertreter des Handelsministeriums für Georg H. W. Bush und in verschiedenen Funktionen im Weißen Haus und Außenministerium unter Ronald Reagan.

Ich habe aus der Nähe gesehen, wie Präsidenten mit schwierigen Menschen und schwierigen Fragen umgehen. Dazu braucht man eine Mischung aus strategischer Vision und taktischer Flexibilität, kombiniert mit Optimismus und einer Portion Humor. Ein Präsident braucht eine dicke Haut, um mit Kritik umgehen zu können, und die Disziplin, gesetzte Ziele konsequent zu verfolgen. Im Gegensatz dazu schafft es Trump, Streit zu beginnen, der mit den eigenen Zielen nicht zu tun hat.

Das deutlichste Beispiel dafür war seine geschmacklose Kritik an der Familie des gefallenen Offiziers Capt. Humayun Khan. Wir schulden diesem jungen Menschen unsere Dankbarkeit dafür, dass er sein Leben geopfert hat, und seinen Eltern Respekt dafür, mit welcher Würde sie auf Trumps groteske Angriffe reagiert haben.

Weniger ergreifend ist ein Teil von Trumps Geschichte, den Republikaner besonders sensibel registrieren sollten – nämlich, dass er viermal mit seinen Firmen bankrott ging. Das ist keine triviale Angelegenheit für eine Partei, die stolz auf Sparsamkeit, den soliden Umgang mit Geld und kluges Management ist. Die Konkurse beleuchten einen Mann, dem es entweder an vernünftigem Geschäftssinn oder einer verantwortlichen Unternehmensethik mangelt. Schon für sich betrachtet, sind vier Unternehmenspleiten ein ziemliches Desaster. Aber vier Pleiten und ein Privatflugzeug - das ist erbärmlich. Wieso verliert jeder Beteiligte beim einem solchen wirtschaftlichen Zusammenbruch Geld und Trump fliegt eins umso andere Mal ohne Schaden davon?

Als ich mein eigenes Unternehmen aufbaute, gab es am Anfang auch einen Moment, in dem ich die Firma hätte schließen und Konkurs erklären können, um mich vor den Verpflichtung zu drücken, die ich gegenüber meinen Mitarbeiter, Investoren und Kunden hatte, die sich alle auf meine Zuverlässigkeit verlassen haben. Aber ich habe als Unternehmer eine moralische Verpflichtung, zu den Menschen zu stehen, die zu mir stehen. Es ist kein Wunder, dass so viele Amerikaner gegenüber der Marktwirtschaft skeptisch sind, wenn das System so leicht manipuliert werden kann wie von Trump.

Um Oscar Wilde zu paraphrasieren: Einen Konkurs kann man als Pech bezeichnen, vier Konkurse sind fahrlässig. Rechtlich gesehen, kann Trump Konkurs erklären und dennoch Millionen Dollar behalten. Aber die Wähler haben jedes Recht, wegen dieses Verhaltens gegen ihn zu stimmen.

Es gibt viele Fragen, in denen ich nicht mit Hillary Clinton übereinstimme. Aber wo um den Kern der Außenpolitik unseres Landes geht – unsere Bündnistreue, Sicherheitszusagen und internationales Engagement – steht sie näher bei Ronald Reagan als dies Trump tut. Und Donald Trump lässt mich erschauern. Ich stimme für Hillary. Und ich stimme in Ohio ab.

Frank Lavin (1957) war Mitarbeiter in allen republikanischen Administrationen der letzten 40 Jahre – als Botschafter und Unterstaatssekretär bei Georg W. Bush, als Vertreter des Handelsministeriums für Georg H. W. Bush und verschiedenen Funktionen im Weißen Haus und Außenministerium unter Ronald Reagan, u. a. auch als Politischer Direktor im Weißen Haus. 2010 gründete er das Beratungsunternehmen „Export Now“, das Firmen beim Online-Handel in China berät.

Norbert Lammert

Europa und Migration

Es geht nur gemeinsam

Als damals viele Flüchtlinge kamen, stieg die Bevölkerung von Berlin um ein Drittel an. Das war im 17. Jahrhundert, als nach dem Potsdamer Edikt des brandenburgischen Kurfürsten tausende Franzosen, die wegen ihres protestantischen Glaubens verfolgt wurden, in deutschen Landen Schutz suchten und in der Folge erheblich zum wirtschaftlichen Aufschwung beitrugen. Alles nur Geschichte?

Wenn heute über Migration diskutiert wird, dann geschieht dies zumeist in der Vermutung, Europa stehe vor einer völlig neuen und historisch beispiellosen Herausforderung. Tatsächlich ist die gesamte europäische Geschichte eine Geschichte der Zuwanderung, und man würde nur wenig übertreiben, wenn man sie als eine Abfolge von Migrationen beschriebe. Von den Völkerwanderungen über die massiven Menschenbewegungen in Folge der europäischen Religionskriege bis hin zu den aktuellen Herausforderungen gibt es eine fast ununterbrochene Kette von Migrationen, die sich zu verschiedenen Zeitpunkten in verschiedene Richtungen bewegt und in verschiedenen Größenordnungen abgespielt haben. Die europäischen Staaten haben darunter nicht nur gelitten, sondern haben von Migrationen auch profitiert: kulturell, ökonomisch und politisch. Deswegen ist eine der wichtigsten Aufklärungsaufgaben in der aktuellen Migrationsdebatte die Beseitigung des Irrtums, wir stünden vor einem Problem, das es bisher noch nie gegeben habe, weshalb auch niemand erwarten dürfe, dass wir darauf überzeugende Antworten lieferten.

Was für die europäische Geschichte allgemein gilt, trifft in besonderer Weise auch auf Frankreich und Deutschland zu. Denn beide Staaten erleben nicht erst seit wenigen Monaten, nicht einmal erst seit wenigen Jahren Zuwanderung, sondern besitzen eine ausgeprägte Migrationsgeschichte. Im 20. Jahrhundert gab es rechts wie links des Rheins zeitversetzt eine massive, staatlich organisierte Zuwanderung, die aus Gründen des Arbeitsmarktes mit großem Aufwand betrieben wurden: in Frankreich im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in Deutschland seit Beginn der 1960er Jahre. Frankreich war in den 1930er Jahren aufgrund dieser staatlich organisierten und ökonomisch begründeten Migration nach den USA das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt, heute ist dies den aktuellen Zahlen zufolge Deutschland.

Im vergangenen Jahr sind etwa zwei Millionen Menschen nach Europa eingewandert, rund die Hälfte davon nach Deutschland. Bezogen auf die konkreten Orte, die sich die Menschen als Ziel ihrer Flucht oder Zuwanderung ausgesucht haben, sind das natürlich viele, in Einzelfällen auch zu viele Menschen. Bezogen auf die Europäische Gemeinschaft mit 500 Millionen Einwohnern ist das aber eine durchaus überschaubare Größenordnung. Denn niemand würde doch ernsthaft behaupten wollen, Europa sei nicht in der Lage, wenn es denn nötig wäre, bis zu zwei Millionen Flüchtlinge im Jahr aufzunehmen und zu integrieren. Natürlich sind wir dazu in der Lage. Die eigentliche Frage ist: Sind wir dazu auch bereit? Die Annahme, dass Europa das nicht könnte, ist jedenfalls eine Mischung aus Wirklichkeitsverweigerung und Problemverdrängung.

Die Vorstellung, man könne Migration verhindern, ist wirklichkeitsfremd. Vielerorts in der Welt finden wir noch immer erschreckend erbärmliche Verhältnisse vor – und zugleich erstaunlich viele

Fernsehgeräte und Internetanschlüsse in bescheiden ausgestatteten Domizilen. Das hat handfeste Konsequenzen. Denn heute kennt jeder, der im Sudan oder in Mali, in Kenia oder in Somalia aufwächst, nicht nur die Situation im eigenen Land, sondern bekommt eine Vorstellung davon, wie viel besser die Lebensverhältnisse in Europa in der Regel sind. Wir haben in Europa als „Sehnsuchtsort“ so vieler Menschen nicht die Option, der Herausforderung auszuweichen, wir haben aber durchaus realistische und zumutbare Optionen, mit ihr umzugehen.

Angesichts der Realitätsverweigerung in manch europäischem Mitgliedsstaat muss daran erinnert werden: Ausnahmslos alle EU-Mitgliedstaaten haben die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert. Sie haben sich damit völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, Menschen Zuflucht zu gewähren, die verfolgt sind oder ihre Heimat wegen Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen jedenfalls vorübergehend verlassen müssen. Dass die Einlösung dieser Verpflichtung in Europa streitig ist, ist unwürdig. Vom Anspruch auf Zuflucht zu unterscheiden, ist allerdings, wenn Menschen mit miserablen Lebensbedingungen an einem Ort leben wollen, an dem sie günstigere Zukunftsperspektiven für sich erwarten. So verständlich und legitim das Motiv ist: Dies begründet keinen Rechtsanspruch. Angesichts der Größenordnung der aktuellen Zuwanderung müssen wir die Unterschiede und den Zusammenhang zwischen diesen beiden Migrationsformen unmissverständlich klar machen: Ja, wir stehen alle und ohne jede Ausnahme zu dem von uns völkerrechtlich akzeptierten Grundsatz, dass Menschen, die verfolgt werden, bei uns Zuflucht finden. Aber wir werden diesen Anspruch nur einlösen können, wenn wir gleichzeitig deutlich machen und sicherstellen, dass nicht jeder, der lieber nach Europa kommt als in seinem Herkunftsort zu bleiben, wo er aufgewachsen ist, zu uns kommen und hier bleiben kann. Das eine ist Voraussetzung für das andere, jedenfalls dann, wenn die Migration mit einer realistischen Integrationsperspektive verbunden werden soll, was unabdingbar ist.

Wenn uns die jüngere, schon gar die jüngste deutsche Geschichte etwas lehrt, dann ist es die Erkenntnis, dass dem Freiheitswillen von Menschen auf Dauer auch Mauern und Stacheldrahtzäune nicht im Wege stehen können. Deshalb ist eine europäische Debatte, die glauben machen will, das Problem der Migration sei dadurch zu lösen, dass wir in Europa wieder Zäune errichten, weit unter unserem Niveau. Aus Gründen der Selbstachtung und mit dem Selbstbewusstsein einer jahrhundertelangen eigenen Erfahrung mit Migration müssen wir überzeugendere Antworten entwickeln. Das wird nach meiner Überzeugung allerdings nur gelingen, wenn wir es gemeinsam angehen – und nicht jeder für sich und schon gar nicht jeder gegen jeden.

Norbert Lammert (1948) gehört seit 1980 dem Deutschen Bundestag an und ist seit 2005 dessen Präsident. Von 1989 – 1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär in den Bundesministerien für Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr und danach bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. 2002 wurde er Vizepräsident des Deutschen Bundestages, seit 2001 ist er stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

(Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, den Bundestagspräsident Lammert am 17. Juni 2016 im Maison Heinrich Heine in Paris gehalten hat.)